

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum HH der Gemeinde für das Jahr 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Grotendorst,

sehr geehrter Herr Beigeordneter Tesing,

sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

sehr geehrte Vertreter der Presse,

bei meiner Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich gedacht, was ist uns für das Jahr 2016 eigentlich wichtig?

Dabei bin ich ganz schnell darauf gekommen, dass es weniger wichtig ist, heute eine HH-Rede zu halten, die den zeitlichen Rahmen sprengt. Deshalb habe ich mir vorgenommen, mich heute kürzer als sonst üblich zu fassen. Nicht, weil es weniger zu sagen gibt, sondern...

Nach der Einbringung des HH durch Bürgermeister Andreas Grotendorst und Kämmerer Martin Tesing und nach der anschließenden traditionellen Vorbereitung der heutigen Beratungen in der Fraktion und in den Ausschüssen des Rates liegen die Fakten auf dem Tisch, die von der Verwaltung in diesem Jahr zum ersten Male in einem sog. Eckpunktepapier zum HH-Entwurf 2016 zusammengefasst wurden. Das hat uns die Beratungen deutlich erleichtert. Herzlichen Dank dafür.

Mit meinen Ausführungen werde ich mich deshalb ganz wesentlich an den Zahlen dieses Eckpunktepapiers orientieren.

1. Die zusammengefassten Daten im Gesamtergebnisplan machen auch für 2016 deutlich, dass der Haushalt der Gemeinde zwar formal ausgeglichen ist, sich die Situation, dass im HH mit deutlich höheren Aufwendungen als Erträgen gerechnet wird. Das heißt, der HH für 2016 weist ein Defizit im Jahresergebnis von knapp 2,5 Mio € aus. Das heißt nichts anderes, als dass die Gemeinde Raesfeld weiterhin auf Kosten eines Substanzverbrauchs lebt.
2. Deshalb ist es für die CDU-Fraktion schlüssig, dass die Verwaltung eine Anpassung der Steuerhebesätze an die vom Land NRW vorgegebenen fiktiven Hebesätze vorschlägt. Die Anpassungen sind moderat und führen u.E. nicht zu einer Überforderung der Bürger und werden deshalb von der CDU-Fraktion mitgetragen. Sie wirken sich für die Gemeindekasse gegenüber dem Vorjahr in der Summe mit einem Mehrbetrag bei den ordentlichen Erträgen in Höhe von ca. 475 TEURO aus.

Bei der Gewerbesteuer, Einkommensteuer und beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer betragen die Steigerungen im Vergleich zum Vorjahr ca. 488 TEURO.

Diese Steigerungen sind besonders dadurch bedingt, dass die Verwaltung bei der Aufstellung des HH für das Jahr 2016 zum ersten Mal dazu übergegangen ist, die Steuerschätzungsprognosen und darauf basierenden Empfehlungen des Landes NRW zugrunde zu legen. Ob diese Abkehr von bisher, eher vorsichtigen Einschätzungen der zukünftigen Steuereinnahmen am Ende trägt, bleibt abzuwarten. Hoffentlich erleben wir am Ende des HH-Jahres 2016 keine unangenehmen Überraschungen.

Die CDU-Fraktion trägt auch die vorgeschlagenen Anhebungen bei der Vergnügungssteuer mit. Auch die Hundesteueranhebung nach 10 Jahren halten wir für vertretbar. Im Vergleich zu Hundesteuersätzen in den Nachbargemeinden bleiben sie trotz der Anhebung angemessen und moderat.

3. Negativ auf den HH wirkt sich die gestiegene Steuerkraft der Gemeinde bei den Schlüsselzuweisungen aus. Immerhin müssen wir gegenüber 2015 Einbußen in Höhe von ca. 550 TEURO hinnehmen
4. Die ordentlichen Aufwendungen steigen gegenüber 2015 durchgängig mit Ausnahme der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Personalaufwendungen steigen moderat. Die Vorsorge für eine Stellenerweiterung, die der Bewältigung der intensiver werdenden Betreuung der Flüchtlinge zuzurechnen ist, findet unsere uneingeschränkte Unterstützung.
5. Erschreckend ist die Entwicklung bei den sog. Transferaufwendungen gegenüber dem Vorjahr mit 1,62 Mio Euro. Verantwortlich sind vornehmlich die Steigerungen der Aufwendungen im Asylbereich sowie bei der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage. Lagen wir 2013 im Ergebnis noch bei 6,9 Mio Euro sind es 2016 exorbitante 9,6 Mio Euro, also sage und schreibe 2,7 Mio Euro mehr innerhalb von 4 HH-Jahren. Wo das hinführen soll und wird, wage ich nicht zu beschreiben. Jeder dritte Euro, den die Gemeinde einnimmt, geht an den Kreis Borken für die Kreis- und Jugendamtsumlage aus. Ich habe schon Bedenken, wenn dann der Kreis noch über einen Radschnellweg nachdenkt, der 42 Mio. Euro kosten soll, an dem vermutlich auch die Gemeinden kostenmäßig beteiligt werden sollen, oder, wenn der Kreis Borken gefordert ist, darüber nachzudenken, sich weiter an den Defizitkosten des Regionalflughafens Münster-Osnabrück, wenn auch in Form eines Darlehns, zu beteiligen. Wo soll das enden?
6. Beim Studium der größeren Unterhaltungsmaßnahmen sind der CDU-Fraktion keine Maßnahmen aufgefallen, die aus dem Rahmen fallen oder nicht durchgeführt werden sollten. Aber in diesem Zusammenhang und auch bei den Bewirtschaftungskosten stellt sich immer dringender die Frage, können wir uns diesen stetig steigenden Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwand dauerhaft leisten? Müssen wir nicht ernsthaft darüber nachdenken, wie wir zu Synergieeffekten bei den öffentlichen Flächen kommen können. Wir selbst sind gefordert, kurz-, mittel- oder längerfristig das Thema Reduzierung öffentlicher Flächen und damit der Chance zur Reduzierung der jährlichen Aufwendungen anzugehen. Das wird nach Überzeugung der CDU-Fraktion eines der wichtigen Themen in naher Zukunft sein. Vielleicht muss unter Kostengesichtspunkten die eine oder andere heilige Kuh geschlachtet werden, was bisher unvorstellbar war
7. Unter dem Punkt Verschiedenes sind einige Vorsorgepositionen aufgeführt, die uns in die Lage versetzen, im kommenden Jahr, wichtige gemeindliche Maßnahmen umzusetzen, so zum Thema Gesamtschule, Orts- und Regionalplanung, Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen und öffentliches Grün
8. Aus den Ansätzen Leistungen für Asylbewerber-Flüchtlinge ist erkennbar, wie sich die derzeitige und prognostizierte Entwicklung kostenmäßig für die Gemeinde auswirken wird bzw. kann. Dem insgesamt ca. um 1,8 Mio. Euro eingeschätzten höheren Aufwand gegenüber 2015 steht zwar eine Erstattung des Landes in Höhe von 1 Mio Euro gegenüber. Es bleiben aber immer noch ca. 800 TEURO, die die Gemeinde aus HH-Mitteln der Gemeinde finanzieren muss. Für 2015 wurde gerade ein Kostendeckungsgrad von 20 % erreicht. Darin enthalten sind weder die Kauf- und Investitionskosten, die die Gemeinde 2015 hatte und voraussichtlich 2016 in deutlich höherem Umfang zu stemmen hat, geschweige denn die kalkulatorischen Kosten, die mit diesen Investitionen verbunden sind. Was für die Gemeinde nicht hinnehmbar ist, ist die Unsicherheit und die Perspektivlosigkeit, die mit dem Flüchtlingsproblem insgesamt verbunden ist. Menschlich ist es natürlich keine Frage, wir müssen helfen und irgendwie schaffen wir das auch. Nur vollmundige Versprechen vom Bund oder Land helfen uns nicht weiter, schon gar nicht, wenn versprochene Finanzmittel bei der Gemeinde so gar nicht ankommen

9. Auf die Mehrbelastung bei der Kreis- und Jugendamtsumlage bin ich schon eingegangen. Auf den ersten Blick positiv zu werten ist es, dass der Umlagesatz der Kreisumlage reduziert werden soll, tatsächlich zahlen müssen wir trotzdem mehr.